

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell*  
*Die Woche im Bundestag*

02.03.2018

## **Cybersicherheit und Hackerangriffe**

Der Hackerangriff auf die Bundesregierung dauert noch an, wie der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages (PKGr), Armin Schuster (CDU), nach einer Sitzung des Gremiums mitteilte. Stephan Mayer, innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion verteidigt die Entscheidung der Sicherheitsbehörden, diese Information nicht gleich allen zugänglich gemacht zu haben, um mögliche Täter nicht vorzuwarnen. Die weitere Aufklärung werde im parlamentarischen Gremium der Geheimdienste erfolgen „und nicht auf dem Basar der Öffentlichkeit“, führte Mayer aus.

Der Druck der Investoren zwingt IT-Startups häufig zu schneller Entwicklung ohne bei der Entwicklung auf die notwendige Sicherheitsqualität zu achten. Zeitgleich nehmen Komplexität der IT und ihre Vernetzung weiter zu. Inzwischen sind Datendiebstähle und Erpressungsangriffe im großen Stil keine Seltenheit mehr. Daher stellt sich die Frage, wie wir heute und in Zukunft die Cybersicherheit unter diesen Umständen sicherzustellen werden.

Die Digitalisierung erhöht zwar die Verwundbarkeit einer Gesellschaft für Hackerattacken, aber dies kann durch bessere Sicherheitstechnik entschärft werden. Denn Deutschland hat große Chancen, im Zeitraum 2018-2020 bei der Cybersicherheit erheblich voranzukommen. Die wirtschaftliche Ausgangslage des Bundes und der Bundesländer erlauben großzügige Investitionen in die Cybersicherheit und in die Digitalisierung. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit für eine Cybersicherheitspolitik in einer großen Koalition politisch unstrittig.

In den kommenden Jahren werden bestimmte Lebensbereiche, wie Verkehrssysteme, Gesundheitswesen, die Energieversorgung, kommunale Infrastrukturen und staatliche Dienstleistungen eine weitere Digitalisierung erfahren und müssen von Anfang an auf sichere Technologien setzen.

Die Cybersicherheitspolitik einer neuen Koalition im Bund sollte daher darauf achten:

- Sichere Technologien zu fördern, die nachweisbar sind
- IT-Sicherheit von Produkten gesetzlich verbindlich zu regeln
- Sicherheit bei Großprojekten einheitlich festzulegen
- Cyberabwehr koordinieren (Bund und Ländern, Bundeswehr und Sicherheitsbehörden etc.).

Damit all diese Ziele erreicht werden können ist es notwendig, dass:

- ...die Hersteller von Hardware und Software verpflichtet werden, dem Einsatzzweck entsprechende, belegbare Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen und für die Sicherheit ihrer Produkte längerfristig zu haften.
- ... die Förderung der Forschung und Entwicklung sicherer IT-Systeme drastisch ausgebaut wird und in IT-Förderprogrammen die Berücksichtigung von Hochsicherheit begünstigt wird.
- ... Anbieter europäischer Datenschutz- und IT-Sicherheitslösungen gefördert und diese bei staatlicher Beschaffung und in Infrastrukturprojekten (z.B. Verkehr, Gesundheit, Bildung, Energie) bevorzugt behandelt werden.
- ... KfW-Förderprogramme zur IT-Sicherheit nach dem Vorbild der Förderprogramme zur Energieeinsparung mit Beratungsleistungen geschaffen werden, um Investitionszuschüsse und zinsverbilligte Darlehen für IT-Sicherheitsmaßnahmen in Unternehmen zu ermöglichen.

Insgesamt muss die Cyberabwehr gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft organisiert werden. Das bedeutet, Polizei, Nachrichtendienste und BSI müssen in ihren Cyberfähigkeiten gestärkt und gleichzeitig muss eine Koordinierungseinheit für Cyberabwehr mit eigenem Personal geschaffen werden, in der die Bundeswehr, Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sowie der Wirtschaft eingebunden sind.

## Förderprogramm für Klima-Produkte

Mit der sogenannten Kleinserien-Richtlinie startet das Bundesumweltministerium ein neues Förderprogramm im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Gefördert werden Produkte und Verfahren für den Klimaschutz, die bereits marktreif sind, aber den Durchbruch noch nicht geschafft haben. Die Richtlinie tritt am 1. März 2018 in Kraft. Innovative Produkte und Verfahren haben es oft schwer, sich zügig am Markt durchzusetzen und den Sprung in die reguläre Serienproduktion zu schaffen. Hier will das Bundesumweltministerium künftig mit Investitionszuschüssen im Rahmen der Kleinserien-Förderrichtlinie helfen. Von der Förderung profitieren können Unternehmen ebenso wie Kommunen und weitere Organisationen. Für die Anlagen zur Wärmerückgewinnung aus häuslichem Brauchwarmwasser können auch Privatpersonen Anträge stellen. Förderanträge zu der Richtlinie nimmt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) ab dem 1. März 2018 entgegen. Die Antragstellung erfolgt ausschließlich online. Informationen unter: [www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Kleinserien\\_Klimaschutzprodukte/kleinserien\\_klimaschutzprodukte\\_node.html](http://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Kleinserien_Klimaschutzprodukte/kleinserien_klimaschutzprodukte_node.html) und unter: <https://www.klimaschutz.de/kleinserien-richtlinie>

## Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

In wenigen Wochen, am 25. Mai 2018, tritt die neue Datenschutzgrundverordnung in Kraft. Welche Anforderungen kommen auf Unternehmen zu und was ändert sich? Grundsätzlich gilt, dass wesentliche Grundprinzipien des bisherigen Datenschutzrechts in Deutschland (Verbot mit Erlaubnisvorbehalt, Erforderlichkeit der Datennutzung für die Verarbeitungszwecke, Datenvermeidung- und -sparsamkeit, Zweckbindung, Löschpflicht, Pflicht zu angemessenen Schutzmaßnahmen) erhalten bleiben. Die Anwendung dieser Prinzipien hingegen verändert sich. Zusätzlich wurden in der DSGVO zusätzliche Anforderungen zu den bisherigen Regelungen im BDSG formuliert. Weitere Informationen unter: <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/A-WECJF-anforderungen-durch-die-datenschutz-grundverordnu-ds-gvo-de>

## Integration bei der Wohnungswirtschaft

Die Integration in den Quartieren ist angesichts der deutlich gestiegenen Zuwanderungszahlen in den letzten Jahren ein zentrales Thema für die Wohnungswirtschaft. Um das gemeinschaftliche Zusammenleben in Nachbarschaften zu fördern und die Integration in den Quartieren zu erleichtern, haben das Europäische Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (EBZ) und der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW gemeinsam mit einer syrischen Partnerorga-

nisation ein Schulungs- und Integrationskonzept entwickelt. Gefördert wird das Projekt vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Mit ihrer neuen Initiative will die Wohnungswirtschaft für einen stärkeren Austausch und eine bessere Kommunikation sorgen. Zentrales Element ist die neue Internetseite <http://integration.wohnungswirtschaft.de/>. Hier stehen ab sofort Materialien zum Download zur Verfügung, die Wohnungsunternehmen bei ihrer Integrationsarbeit unterstützen.

## China als wichtigster Handelspartner

Wie bereits 2016 war die Volksrepublik China auch im vergangenen Jahr der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Ländern, also die Summe aus Im- und Exporten, belief sich 2017 nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf 186,6 Milliarden Euro. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Niederlande und die Vereinigten Staaten mit gehandelten Waren im Wert von je 177,3 Milliarden und 172,6 Milliarden Euro. Noch vor zehn Jahren führten Frankreich, die Niederlande und die Vereinigten Staaten die Liste der wichtigsten deutschen Handelspartner an. Während Frankreich von 1975 bis 2014 stets wichtigster Handelspartner der Bundesrepublik gewesen war, rutschte unser Nachbarland von Rang zwei 2016 nunmehr auf den vierten Platz. Die meisten deutschen Exporte gingen im Jahr 2017 in die Vereinigten Staaten. Die meisten Waren importierte Deutschland wiederum aus China. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

## Rekordpassagierzahlen

Von den 24 größten deutschen Verkehrsflughäfen starteten 2017 so viele Passagiere wie noch nie zuvor. Rund 118 Millionen Fluggäste traten 2017 von dort eine Reise an. Das entspricht einem Anstieg um 5,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Statistisch sind dies etwa 322.000 Passagiere pro Tag. Die innerdeutschen Flugzahlen blieben mit 23,7 Millionen beförderten Passagieren nahezu konstant. Dagegen stieg der Flugverkehr ins Ausland, auf den vier Fünftel aller Flüge entfallen, um 6 Prozent. Die beliebtesten europäischen Ziele waren Spanien, das Vereinigte Königreich und Italien. Das größte Wachstum erlitten mit mehr als 35 Prozent Flüge nach Afrika. Zu diesem trugen steigende Passagierzahlen etwa nach Ägypten und Marokko bei. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

## Zitat

„Die IT-Systeme sind derzeit wie eine Wasserleitung, bei der an unendlich vielen Stellen das Wasser raus-spritzt. Und es wird viel darüber gestritten, ob man die Lecks mit blauem oder rotem Heftpflaster abdichtet. Wir benötigen aber eine neue Leitung.“ (Frank Rieger, Chaos Computer Club, im Gespräch mit der DPA)